

15. September 2021

Ärztliche Expertise durch Ehrenamt sichern

Delegiertenversammlung tagte am 13. September 2021

Bei der 9. Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen am 13. September 2021 im Hotel Munte am Stadtwald standen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Finanzinvestoren im Gesundheitswesen“ im Mittelpunkt.

Zu Beginn der Sitzung berichtete Dr. Johannes Grundmann, der Präsident der Ärztekammer, von aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen in Bremen und Berlin. In Vorbereitung des 125. Deutschen Ärztetags am 1. und 2. November in Berlin zum Schwerpunktthema „Klimaschutz ist Gesundheitsschutz“ hat der Vorstand der Bundesärztekammer einige Leitanträge formuliert, die die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit thematisieren. Unter anderem wird sich der Ärztetag mit den zunehmenden Hitzewellen, gesundheitsfördernden und klimaschonenden Ernährungsweisen und der Umsetzung eines klimaneutralen Gesundheitswesens bis 2035 auseinandersetzen.

Themen auf Bundesebene seien zudem die Versorgungsforschung im ländlichen Raum und die Weiterentwicklung des E-Logbuchs. Bislang seien deutschlandweit 20.000 E-Logbücher im Einsatz. In Bremen wird das E-Logbuch mit der neuen digitalen Anerkennungsverwaltung „Meine Weiterbildung“ voraussichtlich Anfang 2022 an den Start gehen. Der Vorstand der Bundesärztekammer diskutierte auch eine Initiative zur Abschaffung des Heilpraktikergesetzes, sah aber wenig Chancen, dies politisch auch durchzusetzen. Eine interessante Entwicklung sei beim Medizinstudium zu beobachten, so Grundmann, denn die Zahl der Private Medical Schools in Deutschland nehme zu. Neue Angebote gebe es in Potsdam, Berlin und Hamburg.

Antrittsbesuche in Bremen

In Bremen hat Grundmann als neugewählter Präsident bereits einige Antrittsbesuche absolviert. So war der Präsident gemeinsam mit Dr. Birgit Lorenz, der Vorsitzenden der Ärztekammer-Bezirksstelle Bremerhaven, beim Bremerhavener Oberbürgermeister Melf Grantz, um mit ihm ausführlich über die ärztliche Versorgungslage vor Ort zu sprechen. Auch der Austausch mit den Vorständen der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen sei angenehm und konstruktiv verlaufen. Ein Gespräch mit der Bremer Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard war für Ende September geplant wie auch ein Gespräch mit Vertretern des Gesundheitsamts.

Mitte August besuchte Johannes Grundmann die Sommerferienprojektwoche des Gesundheitstreffpunkts West in Gröpelingen. Die Ärztekammer spendet schon seit einigen Jahren jährlich 3.000 Euro für das Bewegungs- und Ernährungsmobil „bemil“. Grundmann hob noch einmal hervor, dass dieses Geld von Ärztinnen und Ärzten stamme, die ihre Aufwandsentschädigungen für Prüfungen spendeten. Das sei nicht selbstverständlich.

Aus der Kammer berichtete Grundmann von der Umstrukturierung der Abteilung Ärztliche Weiterbildung. Der bisherige ärztliche Leiter Martin Cordes hatte zum 30. September 2021 die Ärztekammer verlassen. Man habe sich entschieden, die Leitung der Abteilung an die bisherige stellvertretende Abteilungsleiterin Susanne Freitag zu übertragen. Als Juristin und erfahrene Mitarbeiterin besitze Freitag eine ausgezeichnete Expertise für die eher stark rechtlich geprägten Aufgaben in der Weiterbildungsabteilung.

Ärztliche Perspektive in der Kammer

Einige Delegierte sahen es mit Sorge, dass kein Arzt oder keine Ärztin im Hauptamt in der Weiterbildung arbeite. Es sei wichtig, möglichst viel ärztliche Perspektive auch innerhalb der Kammer zu haben. Grundmann verwies auf die schwierige Bewerbungslage. Für Ärztinnen oder Ärzte sei ein reiner Verwaltungsjob wenig attraktiv. Das gehe nicht nur der Ärztekammer Bremen so, wie eine Umfrage in anderen Kammern gezeigt habe. Auch für die zweite ärztliche Stelle in Nachfolge von Dr. Susanne Hepe für die Akademie für Fortbildung habe es bislang nur wenige Bewerbungen gegeben, obwohl diese Stelle viel mehr ärztliche Gestaltungsmöglichkeiten biete.

Für die Abteilung Ärztliche Weiterbildung habe man nun eine gute Lösung gefunden. In der Ständigen Kommission Ärztliche Weiterbildung der Bundesärztekammer sei Bremen durch Vizepräsidentin Christina Hillebrecht und Prof. Dr. Stefan Herget-Rosenthal, den Vorsitzenden des Ausschusses Ärztliche Weiterbildung, auch ärztlich gut aufgestellt. Weitere ärztliche Expertise bekämen die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen durch den Ausschuss Ärztliche Weiterbildung, dessen Aufstockung durch weitere Mitglieder zudem geplant sei.

Finanzinvestoren im Gesundheitswesen

Seit längerem ist im Gesundheitswesen eine fortschreitende Kommerzialisierung zu beobachten, und auch der Einfluss von Private-Equity-Finanzinvestoren nimmt zu. Das beobachtet auch die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen mit Sorge und setzte im Juni 2020 eine Arbeitsgruppe ein, die sich Gedanken darüber machen sollte, wie man dieser Entwicklung begegnen kann. Die Arbeitsgruppe aus vier Ärzten und einer Ärztin aus dem ambulanten und stationären Sektor legte nun erste Ergebnisse vor.

Investoren im Gesundheitswesen wirken sich in mehrfacher Hinsicht auf die ärztliche Tätigkeit und die Patientenversorgung aus, so die Arbeitsgruppe. So werde ärztliches Handeln immer stärker von Gewinnmaximierungsinteressen der PEG und anderen Investoren beeinflusst, beispielsweise, indem medizinisch nicht indizierte, aber vergütungsträchtige Untersuchungen wie Herzkatheter aufgrund von Leistungsvorgaben vorgenommen werden. Wenn aber Ärztinnen und Ärzte von kapitalgetriebenen Fremdinvestoren angehalten werden, in vorwiegend betriebswirtschaftlichen

Dimensionen zu denken und nach kommerziellen Vorgaben zu handeln, gerieten sie in einen für sie schwer lösbaren Konflikt.

Eine weitere Gefahr bestehe in der „Rosinenpickerei“: Wenn unrentable Leistungsbereiche abgestoßen oder nicht mehr angeboten werden, kann es im schlimmsten Fall zu einer Unterversorgung in gewissen Bereichen kommen. Mittelbar wirke sich das Mitmischen von Investoren im Gesundheitsmarkt auch auf die Ärzteschaft in der Niederlassung aus. Junge Ärztinnen und Ärzte können finanziell kaum mit Investoren um die Übernahme eines Vertragsarztesitzes konkurrieren. Es sei daher an der Ärzteschaft selbst, der Verlockung von hohen Summen bei dem Verkauf von Praxen standzuhalten.

Mehr Transparenz schaffen

In dem Bewusstsein, dass aus der Ärzteschaft heraus nur schwer Einfluss genommen werden kann, hat die Arbeitsgruppe dennoch einige Vorschläge für Transparenzvorschriften zur Regulierung an den Gesetzgeber formuliert. Diese könnten den Einfluss von Kapitalinteressen sichtbar machen und sie so nachhaltig beschränken. So die Arbeitsgruppe beispielsweise ein Transparenzregister, das die Beteiligungsverhältnisse in den an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden MVZ abbildet. Auch sollte der Gesetzgeber in Zukunft nach Vorstellung der Arbeitsgruppe Kapitalinteressen in einigen Bereichen beschränken.

Die Delegiertenversammlung nahm die Vorschläge der Arbeitsgruppe positiv zur Kenntnis und stimmte ihnen im Grundsatz zu. Allerdings stellte sich in der Diskussion schnell die Frage nach der politischen Umsetzbarkeit der Vorschläge. Mehrere Delegierte wiesen darauf hin, dass die Ärzteschaft hier nur wenig Einfluss hätte. Solche Beschränkungen müssten bundespolitisch geregelt und im SGB V gesetzlich festgeschrieben werden. Dass es dazu komme, sei aber eher unrealistisch.

Nichtsdestotrotz sei es im Interesse der Ärztinnen und Ärzte, auf Missstände im Gesundheitswesen hinzuweisen und den Finger in die Wunde zu legen. Es sei daher sinnvoll, das Papier zu überarbeiten und die Überlegungen öffentlich zu machen, um ein politisches Bewusstsein für die Sorgen der Ärzteschaft im Hinblick auf Investoren im Gesundheitswesen zu schaffen. Diesem Vorschlag folgten die Delegierten einstimmig. Das überarbeitete Papier kommt in einer der folgenden Sitzungen zur Abstimmung.

Die nächste Delegiertenversammlung findet statt am 29. November 2021 um 20 Uhr im Hotel Munte.